K-02-041 Lebenswerte Orte, lebendige Demokratie – Kommunen stärken, Zukunft sichern

Antragsteller*in: Tobias Rödel (KV Hagen)

Änderungsantrag zu K-02

Nach Zeile 41 einfügen:
Besonders dramatisch ist die Situation in überschuldeten Kommunen bundesweit, die sich in einer kaum aufzuhaltenden Abwärtsspirale befinden: Sie können die notwendigen Eigenmittel für Förderprogramme nicht aufbringen und fallen so beim strukturellen Wandel zurück. Der durch die ohnehin schon schlechte finanzielle Ausstattung erzeugte unattraktive Arbeitsumfeld verstärkt den bereits existierenden Fachkräftemangel noch einmal dramatisch. Dieser Personalmangel erschwert zusätzlich die qualifizierte Antragstellung für Fördermittel und führt zu einem allgemeinen Abrutschen der Lebensverhältnisse. Höhere Gebühren und Steuern sowie schlechtere Lebensqualität führen zur Abwanderung von gut situierten Familien, Fachkräften und Unternehmen, was die Finanzlage weiter verschärft.

In den Kommunen, die durch ungleiche Lastenverteilung bei der Bewältigung des Strukturwandels seit Jahrzehnten in Mangelverwaltung feststecken, wird die Entwicklung lebenswerter Zukunftsaussichten von der Notwendigkeit genehmigungsfähiger Haushalte brutal an die Seite gedrängt. All dies kann in kommunalen politischen Strukturen zu Gefühlen von fehlender Wirkmacht und Frustration führen. Vor allem sind es die Menschen vor Ort, die die Einsparungen zu spüren bekommen und denen die angebliche Notwendigkeit des allgegenwärtigen Sparzwangs kaum noch erklärt werden kann. So entsteht Politik- und Demokratieverdrossenheit und ein Gefühl von „Wir-hier-unten-gegen-die-da-oben".

Auch Länderinvestitionen – so wichtig und richtig sie sind – können diese Abwärtsspirale nicht dauerhaft durchbrechen. Wenn wir hier nicht mit bundesweiten strukturellen Lösungen gegensteuern, droht die Bildung von "Bad Communes" – analog zu den "Bad Banks" der Finanzkrise. Ein Szenario, das mit unseren Vorstellungen von gleichwertigen Lebensverhältnissen und den verfassungsrechtlichen Vorgaben unvereinbar ist. Diese selbstverstärkenden Mechanismen machen deutlich, warum punktuelle Lösungen nicht ausreichen – es braucht eine grundlegende bundesweite Entschuldung UND nachhaltige strukturelle Reform.

Begründung

Die selbstverstärkenden Mechanismen der kommunalen Überschuldung treffen Kommunen bundesweit. Länder können punktuell helfen, aber die strukturellen Probleme können nur auf Bundesebene gelöst werden. Ohne bundesweite Altschuldenlösung und Reform des Finanzausgleichs bleiben selbst große Länderinvestitionen zeitlich begrenzte Tropfen auf heiße Steine.

weitere Antragsteller*innen

Vincent Lohmann (KV Krefeld); Julian Brinkmeier (KV Gütersloh); Marcel Gießwein (KV Ennepe-Ruhr); Sabrina Buurmann (KV Köln); Philipp Heyken Soares (KV Aachen); Fynn Ole Royla (KV Hagen); Paul Kahrau (KV Hagen); Lucas Lerch (KV Hagen); Ina Löllgen (KV Rhein-Sieg); Matthias Meisborn (KV Hagen); Stefan Meister (KV Hagen); Andrea Swoboda (KV Bottrop); Jessica Kühn (KV Bottrop); Anne Lahoda (KV Saarbrücken); Jan Eckhoff (KV Hagen); Margret Stragand (KV Neunkirchen/Saar); Susanne

Emmerich (KV Hagen); Lars Fastenrath (KV Remscheid); Alexander Burstedde (KV Rhein-Erft-Kreis); sowie 36 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.